

VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

SONDERNUMMER
35

Nr. 70 - April/Mai 1984
Sondernummer 35-Stunden-Woche
40 Pfg. - Solidaritätspreis 60 Pfg.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

35 STUNDEN SIND GENUG!

Wir müssen eintreten für:

- ▶ 7 Stunden an 5 Tagen!
- ▶ Bundesweiten Streik der Metaller!
- ▶ Solidaritätsaktionen des DGB!

„Die Gewerkschaften gefährden den Aufschwung.“ So tönen die Unternehmer täglich in ihren Medien und durch die von ihnen gekauften „Sachverständigen“. Doch wo findet der Aufschwung eigentlich statt?



Metaller und Drucker streiken für kürzere Arbeitszeit

Sicher — die Unternehmer investieren wieder mehr. Aber schlägt sich das etwa in mehr Arbeitsplätzen nieder? Sicher — die Profite der Unternehmer steigen. Aber steigen etwa auch die Realeinkommen der Arbeitnehmer? Sicher — Industrieproduktion und Bruttosozialprodukt wach-

sen wieder leicht. Aber wächst etwa auch unser Wohlstand? Nein, der Aufschwung findet nur in den Taschen der Reichen statt. Für uns haben sie nur ein Angebot: dauernde Massenarbeitslosigkeit und „den Gürtel enger schnallen“. Heute wird in einer Arbeits-

stunde etwa doppelt soviel produziert wie vor 20 Jahren. Technische Erneuerungen werden bis 1990 weitere 3,5 Millionen Arbeitsplätze überflüssig machen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der technische Fortschritt zu einem Rückschritt für die Arbeiter wird: die einen schuften sich ka-

putt — die anderen haben Zwangspause. Die vorhandene Arbeit muß auf alle verteilt werden. Dazu kann selbst die 35-Stunden-Woche nur ein Einstieg sein. Denn bis 1990 haben wir entweder Zustände wie in den 30er Jahren oder die 22-Stunden-Woche für alle.

Die Unternehmer wollen mit ihren faulen Angeboten von der Wochenarbeitszeit ablenken und schwafeln von „flexiblen Arbeitszeitregelungen“. Damit meinen sie: die Arbeiter sollen sich gefälligst als Manövriermasse den Schwankungen des kapitalistischen Marktes und der Auftragslage anpassen. Wir setzen dem entgegen: 7 Stunden an 5 Tagen und nichts anderes!

Die Gewerkschaftsführung darf keinen Zentimeter zurückweichen. Weder einzelne Betriebe noch einzelne Bezirke allein können in Anbetracht der eisernen Front aus Unternehmern und Bundesregierung den Sieg erringen. Der Streik kann letztlich nur bundesweit erfolgreich sein, zumal die Unternehmer ohnehin Aussperrungen vornehmen. Dazu ist aber auch die praktische Unterstützung der anderen DGB-Gewerkschaften nötig, nicht nur in Reden und auf dem Papier, sondern auch inbarer Münze. Solidaritätsaktionen und -streiks aller Gewerkschaften sowie die Einbeziehung des Arbeitslosenheeres in den Kampf können den Erfolg sichern.

Angela Bankert
Remscheid

Neue Technologien

Weniger Arbeit- aber für alle !

Mikroelektronik, Computer, Roboter — viele Arbeiter sehen ihre Arbeitsplätze vom technischen Fortschritt bedroht oder fühlen sich nur noch als menschliches Anhängsel der Maschinen.

Sind neue Technologien rundweg abzulehnen oder können sie auch dem Arbeiter etwas bringen? Sollte eine Art Maschinensteuer von den Unternehmern

zu entrichten sein, die mit Hilfe technischer Neuerungen Arbeitsplatzabbau betreiben?

Eine Untersuchung der IG Metall im Herbst 1982 in baden-württembergischen Metallbetrieben macht den Einsatz der „neuen Technologie“ und ihre Auswirkungen deutlich. In 88% der befragten Betriebe sind Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet; 80% haben zwischen einer und fünfzig computergesteuerte Werkzeugmaschinen installiert — jene Technologie, die einen qua-

lifizierten Facharbeiter überflüssig macht. Fast die Hälfte aller befragten Betriebe haben ein automatisiertes Textverarbeitungssystem.

Arbeiter kontra Roboter

Unternehmer und Regierung versprechen immer wieder, durch Einführung der „neuen Technologien“ Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen wurden allein in den Jahren 1981 und 1982 in der Metallindustrie im Bezirk Stuttgart über 60.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Nettogewinne der Unternehmer stiegen



Autoproduktion: leere Werkshallen

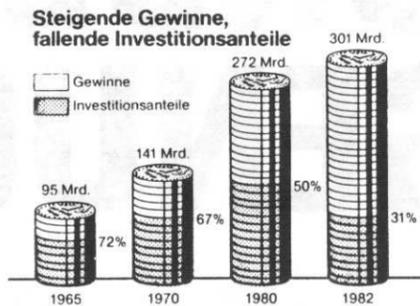
um 24%, der Nettolohn eines Arbeiters ist real gesunken. Arbeitstempo und Leistungsverdichtung sind gestiegen — die Gesundheit am Arbeitsplatz stark beeinträchtigt. Arbeiter finden kaum noch Gelegenheit, ihren Arbeitstag in irgendeiner Form selbst zu gestalten. Erhöhtes Arbeitstempo, Streß, Zwangshaltung bei der Arbeit, Monotonie und soziale Isolation gehören zu den großen Krankmachern am Arbeitsplatz

Der Einsatz der Technik steht heute ganz unter der Verfügungsgewalt der Unternehmer. Wer die Produktionsmittel und die Forschungsstätten besitzt, wer Heere von Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern entlohnt und befehligt, zu dessen Nutzen wird produziert. Das Ziel sind ausschließlich mehr Gewinne — ohne Rücksicht auf Massenarbeitslosigkeit und Lebensqualität.

Fortsetzung auf Seite 4

Die 35-Stunden-Woche ist notwendig und beza

Statt Arbeitslosigkeit Kürzere Arbeitszeiten Kapitalistisches Chaos



Die Behauptungen der Unternehmer...

Finanzierbarkeit

„Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nicht finanzierbar.“

Die Unternehmergewinne sind seit 1981 um 24% gestiegen — während die Reallöhne um 7% gesunken sind! D.h. die Unternehmer brauchen die 35-Stunden-Woche gar nicht zu finanzieren — wir haben das schon selber getan. Aber was ist mit den Gewinnen der letzten Jahre geschehen? 1982 machten die Unternehmer insgesamt einen Gewinn von 301 Milliarden DM, davon haben sie nur 31% — nämlich 93 Milliarden DM wieder investiert. Die nichtinvestierten Gewinne in Höhe von 208 Milliarden DM ergäben auf alle 25,67 Millionen Erwerbstätige verteilt einen monatlichen Betrag von 675,24 DM. Für jeden genug, um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu finanzieren.

Was aber die investierten 93 Milliarden angeht — die sind zum größten Teil natürlich für Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau verwendet worden. Allein in der Druckindustrie ist die Produktivität von 1978 bis 1982 um 20,6% gestiegen, während der Personalstand alleine von 1980 auf 1982 um 6% gesunken ist.

Die Arbeitnehmer haben die 35-Stunden-Woche bereits erarbeitet. Es kommt jetzt darauf an, sie zu verwirklichen.

Kleinbetriebe

„Für Klein- und Mittelbetriebe stellt die Einführung der 35-Stunden-Woche eine Bedrohung ihrer Existenz dar.“

Konkurse solcher Unternehmungen hat es aber in der Vergangenheit jede Menge gegeben. 1983 waren es rund 16.000, und das bei 40-Stunden-Woche. Das lag nicht etwa an den Arbeitern, sondern daran, daß die kleinen und mittelständischen Unternehmen von den Großkonzernen und Banken total abhängig sind und von diesen in den Ruin

getrieben wurden. Kleinbetriebe sind oft nur Zulieferfirmen und werden von den Großkonzernen eher wie Unterabteilungen ihrer Firmen behandelt. Preise, Produktpalette und wenn nötig auch die Farbe des Toilettenanstrichs werden von den Großen bestimmt. Viele solcher Firmen sind tief verschuldet und hängen am „seidenen Faden“ irgendwelcher Bankkredite.

Oft, wenn nicht immer, zeigt sich aber auch, daß die Besitzer solcher Firmen bei Bankrotten persönlich ganz und gar nicht pleite sind, sondern tatsächlich die Arbeiter und Angestellten durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze für die Konkurse haften. Deshalb fordern wir: *Offenlegung der Geschäftsbücher, damit wir sehen, was mit den Gewinnen der letzten Jahre geschehen ist und wie schlecht es den Besitzern wirklich geht!*



Immer, wenn wir berechtigte Forderungen stellen — nach Lohnerhöhung oder nach Arbeitszeitverkürzung — fordern die Unternehmer von uns Solidarität: aus Solidarität mit den Arbeitslosen sollen wir auf höhere Löhne verzichten, aus Solidarität mit den Männern sollen die Frauen zurück an den Herd...

Jetzt ist es an uns, endlich von den Unternehmern Solidarität zu fordern! Wenn einzelne Kleinunternehmer wirklich durch die 35-Stunden-Woche an den Rand des Ruins getrieben werden, dann müssen eben die Profite der Großen auf die Kleinen mit verteilt werden. Wir jedenfalls wären bereit, in einer Planwirtschaft, in der die Arbeiter die

Kontrolle über die Großkonzerne, Banken und Versicherungen haben, z.B. zinslose Kredite und sonstige Hilfen an nachweisbar bedürftige Klein- und Kleinunternehmer zu zahlen.

Vorruhestand

„Die 58er Regelung bringt mehr als die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.“

Die „Vorruhestandsregelung“ wird die Arbeitslosigkeit kaum senken. Durch harte und stressige Arbeit ist das Durchschnittsalter bei Antritt der Rente inzwischen auf 54,5 Jahre zurückgegangen. Die Hälfte aller Neurentner sind berufs- oder erwerbsunfähig. In der Stahlindustrie muß man die über 57-jährigen Arbeitnehmer schon mit der Lupe suchen!

Heute sind nur noch 649.000 Arbeitnehmer in der BRD 58 Jahre und älter. Wenn 100.000



von ihnen mit 58 in Rente gehen, wäre dies schon viel. Aber wer garantiert, daß die freiwerdenden Arbeitsplätze auch tatsächlich neu besetzt und nicht überwiegend wegrationalisiert werden?

Vor allem aber ist die Vorruhestandsregelung finanziell unzumutbar, weil von den 65% des Bruttolohnes dann immer noch Renten- und Krankenversicherungsbeiträge abgeführt werden müssen. Ein Facharbeiter mit durchschnittlich 2.200 DM brutto im Monat erhält heute 1.576 DM netto. Nach Abzug aller Sozialabgaben würde er nur 1.129 DM Vorruhestandsgeld bekommen. Außerdem würde er später noch einen Teil der „normalen“ Rente

einbüßen! Für viele ist so der Gang zum Sozialamt vorprogrammiert!

Eine Spaltung zwischen jüngeren und älteren Arbeitern müssen wir konsequent ablehnen. *Wir haben alle ein Recht auf Arbeit, ob mit 25 oder mit 55!*

Konkurrenz

„Durch die Einführung der 35-Stunden-Woche verliert die deutsche Industrie ihre internationale Konkurrenzfähigkeit, weil durch die Arbeitszeitverkürzung die Stundenlöhne relativ steigen.“

Entscheidend für die Stellung eines Landes auf dem Weltmarkt sind nicht die Lohnkosten, sondern der Stand der Produktivität. Würde die Unternehmer-Argumentation stimmen, dann müßten die Billiglohnländer der 3. Welt eine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt haben. Dem ist aber nicht so; und auch die westeuropäischen Länder (z.B. England), die geringere Löhne haben, stehen im Vergleich mit der Bundesrepublik schlechter da. Jede nationale Kapitalistenklasse versucht natürlich, in ihrem Land die Löhne zu drücken. Das hat aber mit der internationalen Konkurrenzfähigkeit weniger zu tun. Denn an dem Kampf um den Weltmarkt ändern geringere Löhne gar nichts! Die Drohung mit dem Verlust der internationalen Konkurrenzfähigkeit ist nur ein Versuch, die Arbeiterklasse in allen Ländern gegeneinander auszuspielen. Dem müssen wir die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse entgegensetzen.

Fast in allen westeuropäischen Ländern steht der Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf der Tagesordnung der Arbeiterbewegung. In einigen Ländern ist sie in einzelnen Bereichen bereits durchgesetzt, z.B. bei den englischen Banken die 36-Stunden-Woche, in Belgien je nach Bereich die 38-, 37-, oder 36-Stunden-Woche, in Frankreich im gesamten Metallbereich die 38 1/2-, und bei Conti-Arbeit die 33-Stunden-Woche.

...und die B

Arbeitssetze

„Die Unternehmer werden versuchen, die verminderte Stundenzahl nicht durch Neueinstellungen, sondern durch erhöhte Arbeitssetze wieder aufzufangen.“

Die Unternehmer haben seit je her versucht, Errungenschaften der Arbeiter wieder rückgängig zu machen: Lohnerhöhungen auf Preise abzuwälzen, die Leistungsanforderung an die Arbeiter zu verschärfen, usw. Daraus darf aber doch nicht folgen, daß wir uns einfach damit abfinden und den Kampf von vorneherein als aussichtslos betrachten!

Natürlich werden die Unternehmer auch diesmal versuchen, sich schadlos zu halten. Es liegt an uns, ob wir das hinnehmen und uns Mehrarbeit und Mehrbelastungen aufs Auge drücken lassen. Hier sind auch die Arbeitervertreter gefordert, darauf zu achten, daß nicht ständig Überstunden gefahren, Bänder schneller gestellt werden, usw., um Neueinstellungen zu umgehen. Dazu brauchen wir aktive und wachsame Betriebsräte und Vertrauensleute.

Solchen Versuchen der Unternehmer müssen wir die Forderung nach Arbeiterkontrolle über

lbar

Diese Seiten wurden zusammengestellt von:
 Ursel Beck, Stuttgart/Iris Cirkel-Kuhlmann, Remscheid/Stuart Garvie, Köln, Jungsozialisten

Arbeitslosigkeit für Millionen: Arbeitszeit für alle oder sozialistischer Plan



Die Unternehmer behaupten, daß die „Systemveränderer“ mit der Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die „freie“ Marktwirtschaft kaputt machen wollten.

Allgemeine Arbeitszeitverkürzung, ein sicherer Arbeitsplatz und ein ausreichendes Einkommen für alle, an sich bescheidene Forderungen, sind für sie ein Luxus. Verheerende Massenarbeitslosigkeit und Verarmung vieler Millionen sind vorprogrammiert, wenn die kapitalistische Marktwirtschaft weiter bestehen bleibt.

Dem muß die Arbeiterbewegung eine kämpferische Antwort entgegensetzen:

- Einen garantierten Arbeitsplatz für alle!**
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!**
- Einen garantierten Mindestlohn von DM 1.500 für alle!**

Und wenn sich das kapitalistische System die Erfüllung dieser Forderungen nicht leisten kann, dann können wir uns auch das kapitalistische System nicht mehr leisten:

- Für die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle!**
- Zusammensetzung der Leitungsgremien verstaatlichter Betriebe zu gleichen Teilen aus Vertretern von Belegschaft, DGB und Staat.**

Demokratische Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre und Arbeitervertreter; kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen!

- Für die Ausarbeitung eines zentralen Produktionsplanes im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!**
- Für eine demokratische Planwirtschaft!**



Unternehmerangebot:

Flexible Arbeitszeit

Was sich die Unternehmer unter der „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ vorstellen, wird bei den Modellen Opel und BMW deutlich:

Bei Opel soll die Arbeit so aufgeteilt werden, daß je nach Bedarfslage 44- oder 36-Stunden gearbeitet werden. Bei BMW sollen die Bänder in Zukunft 108 statt 80 Stunden in der Woche laufen. Beide Modelle laufen im Wesentlichen auf ein- und dasselbe 'raus: Die Schichtarbeit wird ausgeweitet und der arbeitsfreie Samstag fällt weg. Für die Unternehmer bedeutet das eine bessere Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen und eine größere Ausbeutung der Arbeiter statt Neueinstellungen.

ähnlichen, die bestimmt noch folgen werden — keine Kompromisse eingehen. Denn die Ausweitung der Schichtarbeit und der Wegfall des arbeitsfreien Samstags wären Rückschritte, die jahrelange Kämpfe der Arbeiterbewegung zunichte machen würden! Die Kampagne des DGB 1956 unter dem Motto „Samstags gehört Vati mir“ war sehr populär und erfolgreich. Die Errungenschaft der 5-Tage-Woche darf deshalb nicht wieder verschenkt werden.

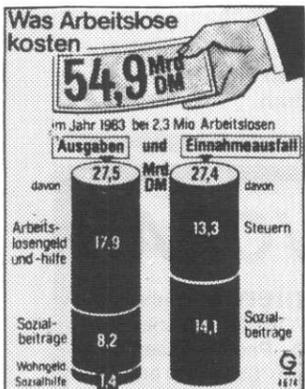
In einigen Betrieben wird bereits über die Einführung einer Jahresarbeitszeit nachgedacht. Die Arbeiter haben dann nur noch im Jahresdurchschnitt eine bestimmte Wochenarbeitszeit, müssen aber die tatsächliche Arbeitszeit den Produktions- und Marktbedürfnissen anpassen.

bedenken mancher Kollegen

Produktion, Arbeitsbedingungen, Einstellungen und Entlassungen, sowie Kontrolle der Geschäftsbücher entgegenstellen.

Rationalisierung

„Die 35-Stunden-Woche könnte einen erneuten Rationalisierungsschub auslösen, so daß letztenendes doch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.“



Rationalisierungen sind nicht abhängig von der Arbeitszeit, sondern von den technologischen Möglichkeiten. Technische Neuerungen werden erfunden, entwickelt und - falls profitabel - eingesetzt, unabhängig

von aktuellen Arbeitskämpfen.

Wichtig ist eben bei der ganzen Sache, daß Rationalisierung nicht bedeutet: die einen steigern Produktivität und Profite - die anderen verlieren ihren Arbeitsplatz. Rationalisierung muß vielmehr den Arbeitnehmern - und zwar allen - in Form von Arbeitszeitverkürzung und höherem Wohlstand zugute kommen. Genau darum geht es ja bei der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich! Denn die Rationalisierungen bedingen zwar - im Kapitalismus - Arbeitslosigkeit, aber schaffen die Voraussetzungen für die Arbeitszeitverkürzung - nicht umgekehrt.

Wenn die Rationalisierung, wie bereits abzusehen ist, weiter fortschreitet, kann und muß eben auch die Arbeitszeit entsprechend gesenkt werden. Wir stehen vor der Alternative: entweder haben wir bis 1990 6 Millionen Arbeitslose (laut Schätzung der IG Metall) oder die 22-Stunden-Woche.

Wir fordern: Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!

Preistreiberei

„Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich treibt doch nur wieder die Preise in die Höhe.“

Diesen angeblichen Automatismus der Lohn-Preis-Spirale versuchen uns die Arbeitgeber immer wieder einzutrichtern. Lohnerhöhungen gehen zunächst mal zu Lasten der Profite des Unternehmers. Nur wen dieser sie voll weitergibt, wirken sie sich auf die Preise aus. Und wer sagt denn, daß den Unternehmern nicht auch Einbußen bei ihren Bezügen zuzumuten sind?

„Einbußen werden die Unternehmer aber nicht hinnehmen, auch wenn sie es sich leisten können.“

Sicher, im Kapitalismus können wir die Unternehmer nicht dazu zwingen, die Preise stabil zu halten. Kapitalismus heißt eben, daß der Unternehmer über Profite und Preise entscheiden kann. Doch dürfen wir deshalb den Kampf um die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen nicht gleich an den Nagel hängen. Unsere Antwort auf ständige Preistreiberei ist: die Forderung nach der gleitenden Lohnskala, also der automatischen Anpassung der Löhne an die Preiserhöhungen.

Eine vollständige Kontrolle über Produktion, Preise und Marktgeschehen haben wir letztenendes erst dann, wenn das kapitalistische System abgeschafft ist.



Für die Arbeiter bedeutet das:

- Stärkerer Verschleiß der Gesundheit durch höhere körperliche und seelische Belastung.
- Beeinträchtigung des Familienlebens, insbesondere dann, wenn auch die Frau berufstätig ist und der Sonntag dann der einzige Tag bleibt, den man gemeinsam verbringen kann.
- Verlust der sozialen Kontakte. Wer kann schon Freitags zum Kegeln gehen, wenn er Samstags Frühschicht hat?
- Noch weniger Zeit, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sich weiterzubilden, denn dazu bleibt oft nur das Wochenende.

Die Gewerkschaftsführung darf bei diesen Modellen — und

Liegen viele Aufträge vor, müssen eben mehr Stunden gefahren werden (Was wird dabei aus der Überstundenvergütung?), ist die Auftragslage schlecht, sinkt die Arbeitszeit. Der einzelne Arbeiter muß sich allzeit bereit halten und Wechselbäder von Zwangsarbeit und Zwangsurlaub hinnehmen.

Außerdem können wir sicher sein, daß es sich hier nur um die Spitze des Eisbergs handelt. Weichen wir einen Schritt zurück, wird das für die Unternehmer ein Signal sein, weitere Schläge gegen die Arbeiter zu versuchen. Und vor allem: die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wäre nicht nur wieder für Jahre vom Tisch — der Widerspruch, daß wenige sich kaputt arbeiten und viele arbeitslos sind, würde sich weiter verschärfen.

Lehren aus dem Stahlstreik 1978/79:

Nur Vollstreik bringt Erfolg



Streikwinter 1978/79: 6 Wochen ausgeharrt

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche hat nicht erst in diesem Jahr begonnen. Bereits im September 1977 hatte der Gewerkschaftstag der IG Metall die 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich als Ziel für die Tarifpolitik festgelegt - gegen den Willen des Vorstandes, der dann unter Zugzwang seiner Basis stand.

Im darauffolgenden Jahr wurde diese Forderung Gegenstand der Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück. Da die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führten, kam es - begleitet von großen Protestdemonstrationen - zur Urabstimmung: fast 87% der IG Metall stimmten für den Streik, der am 28. November 1978 begann.

Doch von den 200.000 Stahlarbeitern ruft der IG Metall-Vorstand nur 36.000 in den Streik. Die Stahlkonzerne reagieren mit der Aussperrung von zusätzlich 44.000 Kollegen. Im Verlauf des

Streiks wächst der Druck seitens der Basis auf die IG Metall-Spitze, endlich die Ausweitung des Streiks auf alle Stahlbetriebe vorzunehmen, um so zu verhindern, daß die Produktion weiter auf nicht bestreikte Betriebe verlagert wird.

Unter dem direkten Druck von großen Abordnungen aus den bestreikten Stahlbetrieben beschließt die Große Tarifkommission der IG Metall am 20. Dezember eine Ausweitung des Streiks, die allerdings erst eine Woche später konkretisiert, und erst zwei Wochen später umgesetzt wird, nämlich am 3. Januar. Doch nach dieser Streikausweitung (zusätzlich 20.000 Kollegen) sind immer noch 100.000 von 200.000 Kollegen nicht am Streik beteiligt.

40-Stunden-Woche festgeschrieben

Wenig später, am 7. Januar, wird eine „Einigung“ bekanntgegeben, die beträchtlich unter dem ursprünglichen Streikziel der 35-Stunden-Woche lag. Trotz massiver Proteste vor allem aus den von Anfang an bestreikten Betrieben stimmt die Große Tarifkommission diesem Vorschlag zu. Statt der 35-Stunden-Woche gibt es einige Freischichten mehr für ältere Kollegen, eine geringe Lohnerhöhung und mehr Urlaub.

Bei der Urabstimmung über dieses Verhandlungsergebnis

stimmten 49,5% aller IG Metall-Mitglieder mit „ja“. Damit ist das Ergebnis angenommen (nach der Satzung hätten schon 25% genügt!). Doch vor allem in den Betrieben, die sechs Wochen lang aktiv gestreikt haben, lehnen viele das Ergebnis ab - zum Teil mit Mehrheiten über 60% in Großbetrieben und sogar über 90% in kleineren Betrieben!

Mit diesem Abschluß wurde die 40-Stunden-Woche zuerst für die Stahlindustrie, später für die ganze Metallindustrie für fünf Jahre - bis 1984 - zementiert. Seitdem gingen in der Stahlindustrie weitere ca. 65.000 Arbeitsplätze verloren (laut Angaben der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie).

Die Enttäuschung und Verbitterung über ihre Gewerkschaftsspitze war nach dieser Niederlage bei vielen aktiven Mitgliedern groß. Die Taktik der Schwerpunktstreiks hatte zur Verletzung der gewerkschaftlichen Kampfkraft geführt; es dauerte Wochen, bis der Streik Auswirkungen zeigte. Nur ein Vollstreik von Anfang an, wie er von vielen Kollegen gefordert wurde, hätte die Unternehmergeher beeindruckt

können.

Außerdem hatten viele Aktivisten der IG Metall den Eindruck, daß die Art und Weise der Streikführung nicht wirklich von ihnen kontrolliert wurde, sondern daß die Gewerkschaftsspitze weitgehend ohne Rücksicht auf die Forderungen ihrer Basis handelte. So heißt es denn auch in einer einstimmig angenommenen Resolution des IGM-Vertrauenskörpers der Mannesmann-Hüttenwerke Duisburg vom 15. Februar 1979:

Basis verbittert

„Sie (die Gewerkschaftsführer) haben nicht nur eine Niederlage im Arbeitskampf zu verantworten, sondern mit ihrer Interpretation des Ergebnisses tragen sie Verwirrung in die Reihen der Organisation und der DGB-Gewerkschaften.“

Auch innergewerkschaftliche Konsequenzen werden darin gefordert, wie z.B.

- daß die Sitzungen der Großen Tarifkommission für alle Mitglieder öffentlich sein soll, Protokolle davon angefertigt und namentlich abge-

stimmt werden soll (damit die Basis sieht, wie ihre Vertreter sich verhalten);

- daß die Bezirksleiter demokratisch gewählt werden sollen (anstatt wie jetzt einfach vom Vorstand eingesetzt).
- Aus dieser Niederlage im ersten Anlauf um die 35-Stunden-Woche müssen die Konsequenzen gezogen werden. Der IG-Metall-Vorstand muß diesmal
- die volle Kampfkraft der Kollegen ausnutzen und zum Durchhalten bereit sein;
- Verhandlungen unter Rückkoppelung mit der Basis, öffentlich und für die Mitgliedschaft nachvollziehbar führen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Gewerkschaftsführung Zugeständnisse an die Unternehmergeher macht, denn die 35-Stunden-Woche ist schon ein Kompromiß angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen und der Lohnopfer der letzten Jahre.

**Hans-Gerd Öfinger
Remscheid**

Fortsetzung von Seite 1

Wer kontrolliert die Computer?

Forschungsergebnisse und Produktionspläne, die eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion möglich machen könnten (z.B. im Bereich Umweltschutz und Energieversorgung), werden jahrelang unter Verschluss gehalten oder landen im Abfallkorb, wenn die Kasse nicht stimmt. Nur wo der Gewinn lockt, wie in der Rüstungsproduktion oder in der Weltraumfahrt, kann man sehen, wozu die Menschheit technisch im Stande ist. Der Mensch kann im Weltraum spazieren fahren - aber wie sieht es mit dem alltäglichen innerstädtischen Verkehr aus? - Chaos!

Möglichkeiten

Die Gewinnsucht der Kapitalisten schafft künstliche Widersprüche zwischen Arbeitern und Maschinen: der Roboter erscheint als der gefürchtete Gegner, als der „Jobkiller“. Doch ginge es nicht auch anders, wenn man sieht, welche kolossalen Möglichkeiten in der neuen Technik liegen?

Roboter und Computer könnten dazu eingesetzt werden, gefährliche, körperlich schwere,



Computer nur „Jobkiller“?

schmutzige oder monotone Arbeit zu verrichten. Die verbleibende Arbeit für den Menschen könnte gleichmäßig auf alle aufgeteilt werden. Statt die Arbeitslosigkeit zu steigern ließe sich die Arbeitszeit problemlos senken. Schon die heutigen technischen Möglichkeiten ermöglichen eine Wochenarbeitszeit von weniger als 35 Stunden. Am Ende dieses Jahrzehnts könnte die Wochenarbeitszeit bei Vollbeschäftigung 22 Stunden betragen (andernfalls: 6 Millionen Arbeitslose!). Ein sinnvoller Einsatz der neuen Technologien in den Medien (Funk und Fernsehen) könnte uns in unserer Frei-

zeit Bildung und Weiterbildung ermöglichen.

Dem steht einzig und allein die private Verfügungsgewalt über die Produktion entgegen. Die Technik muß unter die Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung gebracht und in deren Interesse eingesetzt werden - und das ist mit 80% die Klasse der Lohnabhängigen. Es wird nicht gelingen, durch Maschinensteuerung und gesetzliche Kontrollen die Auswüchse der Technik auf kapitalistischer Grundlage einzudämmen. Dies kann auch nicht im langfristigen Interesse der Arbeiterklasse liegen. Es gilt nicht, technische Neuerungen zu verhindern, sondern deren Vorteile und Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeit einzusetzen. Der Kapitalismus muß dafür durch eine demokratische Planwirtschaft abgelöst werden. Erst im Sozialismus können neue Technologien wirklich der ganzen Gesellschaft nützen.

**Stavros Pertetsoglou
Gaetan Kayitare,
Aachen**

Voran mit VORAN

VORAN ist eine bundesweit erscheinende marxistische Zeitung, die von aktiven Mitgliedern der SPD, der Gewerkschaften, der Jungsozialisten und der Falken gemacht wird. Wir treten dafür ein, daß sozialistische Forderungen von diesen Organisationen erhoben werden.

Die Krise des Kapitalismus hat inzwischen wieder Ausmaße erreicht, wie sie noch vor zehn, fünfzehn Jahren kaum vorstellbar waren. Der Kapitalismus hat nur noch eine Zukunft anzubieten: Massenarbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, Verarmung, Kriege und Vernichtung - kurz: Zustände wie in den 20er und 30er Jahren. Reparaturen am System reichen nicht mehr. Auch die von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Reformen werden wieder abgebaut.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Daher treten wir für die Überführung von Schlüsselindustrien, Grund und Boden, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum ein. Auf dieser Grundlage ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit einer demokratisch gelenkten Planwirtschaft möglich.

Die negativen Beispiele der bürokratischen Diktaturen in den Ostblockstaaten zeigen: Verstaatlichung alleine macht noch keinen Sozialismus. Wir fordern daher die demokratische Kontrolle der verstaatlichten

Betriebe durch Vertreter der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates zu gleichen Teilen. Nur so kann von unten nach oben eine demokratisch gelenkte Planwirtschaft aufgebaut werden, in der nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung geplant und produziert wird - und nicht nach dem Willen von gewinnsüchtigen Unternehmern oder schmarotzerischen Bürokraten.

Eine echte Arbeiterdemokratie ist nur möglich, wenn alle führenden Posten wählbar und die Vertreter auch jederzeit wieder abwählbar sind und nicht mehr verdienen als der Durchschnitt ihrer Basis. (Übrigens sollte dies auch für die hauptamtlichen Funktionäre in den Arbeiterorganisationen des Westens gelten.)

VORAN hat sich zum Ziel gesetzt, beim Aufbau starker marxistischer Flügel in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, SPD und DGB, zu helfen. Denn der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist nur mit Unterstützung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erfolgreich.

VORAN berichtet regelmäßig über politische Entwicklungen im In- und Ausland, untersucht die Hintergründe und bringt Anregungen für die Arbeit von Sozialisten; wir schreiben über wichtige Ereignisse und Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und berichten über aktuelle betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe

Impressum

VORAN zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften
Redaktionsanschrift:
VORAN, Reinwardtstr. 2
5630 Remscheid
Tel. 0 21 91/ 5 49 32
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Bankverbindung und Spendenkonto:
PschA Essen, Konto Nr. 2500 59- 430
Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82,
4300 Essen-Dellwig

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 71 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: _____

Anschrift: _____